



Nr. 088 / 13. September 2024

„Leben ohne Internet muss möglich sein“ – Altenparlament gegen „Zwangs-Digitalisierung“

Das „Recht auf analoge Teilhabe“ stand am Freitag (13.9.) im Zentrum des diesjährigen schleswig-holsteinischen Altenparlaments. Behörden, Arztpraxen und Banken müssten auch ohne Computer oder Smartphone erreichbar sein, forderten die rund 80 Delegierten aus Seniorenräten, Sozialverbänden, Parteien und Gewerkschaften.

Die Landespolitik müsse ein „Leben mit und ohne Internet“ ermöglichen, heißt es in dem Forderungskatalog, den die Teilnehmer zwischen 60 und 85 Jahren im Plenarsaal des Kieler Landeshauses beschlossen haben. Der „analoge Weg der Information und Versorgung der älteren Menschen“ müsse „gleichberechtigt im Gesetz verankert“ werden: „Wir fordern die Sicherstellung analoger Lösungen – mit Kontaktmöglichkeiten per Telefon, Post oder persönlich.“ Auch die „Zwangs-Digitalisierung in der Personenbeförderung“ ist den Altenparlamentariern ein Dorn im Auge. Sie kritisieren, dass das Deutschlandticket bei vielen Anbietern nicht mehr als Chipkarte, sondern nur noch per App verfügbar ist und dass die Deutsche Bahn bestimmte Sparangebote nicht mehr am Fahrkartenautomaten bereithält. Zugleich ruft das Altenparlament die Politik auf, das Digital-Training für Senioren, etwa an den Volkshochschulen, stärker zu fördern.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst äußerte in ihrem Grußwort Verständnis für die Anregungen: „Medienkompetenz ist für uns alle ein wichtiger Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Zugleich dürfen wir aber diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die über diese Kompetenzen nicht verfügen.“ Herbst betonte: „Bei Behörden oder Gesundheitseinrichtungen müssen analoge Zugänge geöffnet bleiben, um Menschen ohne entsprechende technische Geräte oder Kenntnisse nicht auszuschließen.“

Es war die 36. Auflage des Altenparlaments, das „eine feste Größe in der politischen Landschaft unseres Bundeslandes“ sei, wie Herbst hervorhob. Das jährliche Treffen gebe „verlässlich wertvolle Impulse für die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages“. An der Beratung nahmen auch Abgeordnete aus allen Fraktionen teil. Das Abschlusspapier wird nun den Landtagsfraktionen, der Landesregierung und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt.

Der komplette Beschlusskatalog des Altenparlaments ist nach Abschluss der Veranstaltung auf der Seite des Schleswig-Holsteinischen Landtages unter

<https://www.landtag.ltsh.de/service/altenparlament/>

zu finden.